

Nierhaus, Wolfgang

**Article**

## Prognose 2001: konjunkturelle Dynamik laesst nach

ifo Dresden berichtet

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Nierhaus, Wolfgang (2001) : Prognose 2001: konjunkturelle Dynamik laesst nach, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 08, Iss. 1, pp. 6-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169575>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Prognose 2001: Konjunkturelle Dynamik lässt nach<sup>1</sup>

### Aktuelle Wirtschaftslage: Höhepunkt überschritten

Bis zum Sommer 2000 wurde die Konjunktorentwicklung in Deutschland und auch in den anderen Industrieländern durch den höheren Ölpreis kaum gebremst. Inzwischen zeigen sich allerdings im Inland und im Ausland mehr oder weniger deutliche Bremspuren. Die Weltwirtschaft und auch die deutsche Wirtschaft haben ihren konjunkturellen Höhepunkt überschritten. Sowohl in den USA als auch in Westeuropa und in Japan schwächte sich das Wirtschaftswachstum im dritten Vierteljahr ab. Der vom ifo Institut vierteljährlich ermittelte Index für das Weltwirtschaftsklima ist inzwischen zweimal hintereinander gesunken, wenngleich von einem zuvor sehr hohen Niveau. Darin spiegelt sich die Erwartung einer „weichen Landung“ in den USA und eines etwas langsameren Wachstums in Asien und Europa wider.

Insgesamt dürfte die Weltproduktion im Jahre 2000 um knapp  $4\frac{3}{4}$  % zugenommen haben, nach 3,3 % im Jahr 1999. Die USA wiesen im Jahr 2000 trotz der Abschwächung im zweiten Halbjahr innerhalb der großen Industrieländer mit rund 5 % erneut das höchste Wirtschaftswachstum auf und Japan – trotz der Erholung in der ersten Jahreshälfte – mit  $1\frac{1}{2}$  % das niedrigste. In Westeuropa, der EU und dem Euroraum wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion um knapp  $3\frac{1}{2}$  % ausgeweitet. Das Wachstumstempo blieb damit zwar hinter dem der USA zurück, war aber das höchste seit 1989.

Deutschland erzielte im Jahr 2000 ein Wirtschaftswachstum von 3,1 %. Das ist der stärkste Anstieg seit dem einigungsbedingten Boom im Jahr 1991. Allerdings wurde auch hier der konjunkturelle Höhepunkt im Sommer überschritten. Der ifo Geschäftsklimaindex signalisiert inzwischen eine deutliche Abkühlung der Konjunktur. Die Geschäftslage hat sich verschlechtert und die Geschäftserwartungen sind pessimistischer geworden. Hauptantriebskraft für die

deutsche Konjunktur war bis zuletzt die Exportnachfrage. Die Ausrüstungsinvestitionen, deren Anstieg sich im Sommer deutlich verlangsamt hatte, nahmen in der zweiten Jahreshälfte wieder beschleunigt zu. Dagegen erhöhte sich der private Verbrauch seit dem Sommer nur noch wenig. Hier machte sich insbesondere der Kaufkraftentzug aufgrund der stark gestiegenen Ölpreise bemerkbar. Die Bauinvestitionen stabilisierten sich im zweiten Halbjahr. Die Verbraucherpreise sind – vor allem wegen der höheren Ölpreise – bis zum Herbst beschleunigt gestiegen; im Jahresergebnis 2000 lagen sie um 1,9 % über dem Vorjahr. Die Kerninflationsrate, bei welcher u. a. der direkte Energiepreiseffekt herausgerechnet ist, betrug allerdings lediglich 0,8 %.

Die Beschäftigung wurde im Jahr 2000 kräftig ausgeweitet. Ausschlaggebend dafür war zum einen die bessere Konjunktur, aber auch die stärkere Erwerbstätigkeit von geringfügig Beschäftigten in der Folge der Neuregelung des 630-DM-Gesetzes. Aufgrund der damit eingeführten allgemeinen Meldepflicht wird dieser Bereich nun erstmals voll erfasst. Da viele der zusätzlich Beschäftigten aus der Stillen Reserve kamen, war der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit 210.000 deutlich geringer als die Erhöhung der Beschäftigung mit 600.000. Die Arbeitslosigkeit betrug im Dezember saisonbereinigt 3,77 Mill. oder 8,9 %; im Herbst 1997, dem letzten Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, hatte sie noch 4,5 Mill. oder 10,8 % betragen.

### Ausblick

#### Geringere Impulse von der Weltwirtschaft

Der Welthandel expandierte im Jahr 2000 mehr als doppelt so stark wie im Jahr 1999 (preisbereinigt um rund  $12\frac{1}{2}$  % nach knapp 6 %). Ausschlaggebend dafür war, dass der Aufschwung in den USA auch im zehnten Jahr sehr dynamisch blieb und sich die Nachfrage in Europa und in Asien deutlich belebte. Im laufenden Jahr dürfte die Weltkonjunktur schwächer

sein als im Jahr 2000. Zudem stimuliert in den USA und Europa die Geldpolitik nicht mehr. Ferner haben sich mit den Kursrückgängen an den Börsen in vielen Ländern die Kapitalkosten für die Investoren erhöht und die Geldvermögen der privaten Haushalte verringert. In den wichtigen Regionen der Weltwirtschaft deuten die Klimaindikatoren auf eine spürbare Abkühlung der Konjunktur hin. Angesichts der Abkühlung der Weltkonjunktur dürfte sich das Welthandelswachstum im Jahr 2001 auf 8 1/2 % abschwächen.

Auch der hohe Ölpreis wirkt belastend auf die Konjunktur. Der Rohölpreis ist nach dem starken Anstieg bis auf 35 US-Dollar/Barrel (mittlerer Rohöleinfuhrpreis der westlichen Industrieländer) zuletzt wieder deutlich gesunken. Der nachfragedämpfende Effekt des hohen Ölpreises lässt damit etwas nach. Hier wird unterstellt, dass der Ölpreis im Durchschnitt des Jahres 2001 rund 26 Dollar beträgt. Bei der Ölpreisprognose gibt es allerdings Risiken in beiden Richtungen. Ein Grund für den Rückgang des Ölpreises in letzter Zeit war die Ausweitung der Ölproduktion. Auch hat sich die Ölnachfrage saisonal wegen des bisher sehr milden Winters nicht so stark erhöht wie erwartet worden war. Ferner drückt die in den letzten Monaten schwächere Weltkonjunktur die Ölnachfrage. Die OPEC-Länder werden allerdings versuchen, mit Produktionskürzungen einen stärkeren Preisrückgang zu verhindern. Bei einem normalen Winter dürften die Ölpreise ohnehin wieder etwas anziehen.

### Steuersenkung stimuliert deutsche Konjunktur

Von der Finanzpolitik dürfte die deutsche Konjunktur im laufenden Jahr deutliche Impulse erhalten. Die Senkung der Abgaben beträgt netto, d.h. nach Abzug von Abgabenerhöhungen rund 45 Mrd. DM oder 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts;<sup>2</sup> davon entfallen rund 25 Mrd. DM oder 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts auf die privaten Haushalte. Da der Konsolidierungskurs auf der Ausgabenseite beibehalten wird

– die realen Staatsausgaben dürften im Jahr 2001 etwa stagnieren<sup>3</sup> – wird der gesamte expansive Konjunkturimpuls der Finanzpolitik aber geringer sein als der Steuerentlastungseffekt und etwa 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Im Jahr 2001 dürfte die gesamtstaatliche Defizitquote 1,7 % betragen, nach dem durch die UMTS-Erlöse bedingten Überschuss von 1,3 % im Vorjahr. Laut Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 strebt die Bundesregierung einen Ausgleich des gesamtstaatlichen Haushalts bis 2004 an. Dies ist bei Fortsetzung des Konsolidierungskurses auch erreichbar.

Von den monetären Rahmenbedingungen werden weder expansive noch restriktive Effekte ausgehen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Jahr 2000 die Zinsen um insgesamt 1 3/4 Prozentpunkte erhöht. Sie begründete die Zinserhöhungen mit der Besserung der Konjunktur und – die beiden jüngsten Schritte – auch mit den Risiken für die Preisstabilität angesichts der weiteren Ölpreiserhöhung und der Abwertung des Euro. So hat der Preisanstieg im Euro-Raum – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex HVPI – im Jahr 2000 mit 2,3 % den mittelfristigen Zielwert der EZB von „unter 2 %“ erstmals seit 1996 überschritten. Alles in allem sind gegenwärtig die monetären Bedingungen aus dem Blickwinkel der deutschen Konjunktur und auch der Konjunktur im EWU-Durchschnitt etwa neutral. Für die Prognose wird angenommen, dass die Leitzinsen bis Ende des Jahres etwas zurückgenommen werden und die Kapitalmarktzinsen ungefähr auf dem derzeitigen Niveau verharren. Ferner ist unterstellt, dass der reale effektive Außenwert des Euro leicht steigt.

### Exportdynamik wird geringer

Die im Verlauf des Jahres 2000 einsetzende Abschwächung der Weltkonjunktur hat die Wachstumsdynamik der deutschen Ausfuhr bis jetzt noch nicht entscheidend beeinträchtigt. Dies dürfte auch daran liegen,

<sup>2</sup> Die wichtigsten Einzelmaßnahmen sind die Reform des Einkommensteuertarifs (28,4 Mrd. DM), die Reform der Unternehmensbesteuerung (17 Mrd. DM), die weitere Erhöhung der Ökosteuer (Mehreinnahmen 5,3 Mrd. DM) und die weitere Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung (zusätzliche Mindereinnahmen 3,1 Mrd. DM). Die gesamte Abgabensenkung im Jahr 2001 von rund 45 Mrd. DM ist dem Volumen nach deutlich größer als der Anstieg der Ölrechnung im Jahr 2000, der sich auf rund 30 Mrd. DM belief.

<sup>3</sup> Ohne Berücksichtigung der im Jahr 2000 als negative Ausgaben gebuchten Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 99,37 Mrd. DM.

dass der niedrige Außenwert des Euro die Exporte weiterhin stützt. In diesem Jahr wird sich das weltwirtschaftliche Expansionstempo verlangsamen, daneben werden die aus der realen Abwertung des Euro resultierenden expansiven Impulse nachlassen. Unter diesen Bedingungen wird sich das Anstiegstempo des Exports abschwächen; im Jahresdurchschnitt wird die Ausfuhr noch um reichlich 8 % zunehmen, nach 12,9 % im Jahr 2000. Bei leicht beschleunigter Inlandsnachfrage werden die Importe mit 8 % erneut recht kräftig steigen (2000: 10,0 %). Der Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum wird sich damit von 1,0 Prozentpunkten in diesem Jahr auf 0,2 Prozentpunkte im nächsten Jahr abschwächen.

### **Ausrüstungsinvestitionen wachsen langsamer**

Die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im Jahr 2000 dank der starken Exportkonjunktur und der in diesem Industriesektor überdurchschnittlichen Gewinnentwicklung weiter verbessert. Im Jahresdurchschnitt 2000 ergab sich ein Anstieg um 9,0 %. Im laufenden Jahr wird die Nachfrage nach Ausrüstungen etwas an Schwung verlieren, weil die etwas trüberen Absatzperspektiven auf den Exportmärkten durch die stärkere Binnenachfrage nicht voll ausgeglichen werden. Im Jahresdurchschnitt 2001 dürften die Ausrüstungsinvestitionen noch um knapp 6 1/2 % zunehmen.

### **Baukonjunktur bleibt labil**

Nach einer Stagnation im Jahr 1999 ist die Bauwirtschaft im Jahr 2000 erneut in eine Rezession geraten, die Bauinvestitionen sanken um 2,5 %. Stark betroffen war der Wohnungsbau. Eine Rolle spielte dabei auch, dass am Jahresbeginn die Eigenheimförderung zurückgefahren wurde. Im Wirtschaftsbaubereich dämpften Leerstände die Bautätigkeit, und die öffentlichen Investitionen wurden durch den Konsolidierungskurs beeinträchtigt. Für das Jahr 2001 ist insgesamt mit einer Stabilisierung der Bauinvestitionen zu rechnen. Die Käufe von Wohnungen für den Eigenbedarf und als Kapitalanlage dürften allmählich wieder zunehmen. So steigen die Realeinkommen der privaten Haushalte kräftig. Ferner dürften die Sparer nach den Kurseinbrüchen bei den risikoreicheren Aktien die Wohnungen als Kapitalanlage wieder „entdecken“. Während

die Bauinvestitionen in Westdeutschland im Jahr 2001 leicht zunehmen (0,5 %), sinken sie in Ostdeutschland jedoch noch weiter (-1,5 %); insgesamt ergibt sich Stagnation. Damit bleibt die Baukonjunktur auch weiterhin schwächer als die Gesamtkonjunktur.

### **Privater Verbrauch als „Konjunkturlokomotive“**

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind im letzten Jahr mit einer Rate von 1,9 % nur verhalten gestiegen. Die starke Verteuerung von Energieträgern hat den privaten Haushalten in beträchtlichem Ausmaß Kaufkraft entzogen, die – bei nur leicht gesunkener Sparquote – für den Erwerb von anderen Gütern und Diensten nicht mehr zur Verfügung stand. Im Jahr 2001 wird der private Konsum mit etwas mehr Schwung zunehmen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden – bei einer Beschäftigungszunahme um knapp 1 % – um nahezu 3 % expandieren. Stärker noch werden die Nettolöhne und -gehälter steigen. Maßgeblich hierfür ist die weitere Senkung der Einkommensteuer. Die Transfereinkommen dürften um knapp 2 % steigen. Zwar orientiert sich die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2001 wieder am durchschnittlichen Nettolohnzuwachs (des Vorjahres), was eine Erhöhung um 1 3/4 % bedeutet. Außerdem werden beim Wohn- und Erziehungsgeld sowie beim BAföG Leistungsverbesserungen wirksam. Zum Ausgleich der höheren Energiekosten erhalten einkommensschwache Haushalte einen Heizkostenzuschuss, zum Ausgleich der höheren Kraftstoffpreise wird zudem eine allgemeine Entfernungspauschale eingeführt. Die rückläufigen Arbeitslosenzahlen führen allerdings zu Minderausgaben bei der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2001 um 4 1/2 % steigen, real um knapp 3 %. Da ein Teil der steuerlichen Entlastungen erfahrungsgemäß nicht konsumwirksam wird, dürfte sich die Sparquote etwas erhöhen. Insgesamt wird der private Konsum 2001 real um 2,5 % zunehmen.

### **Preisanstieg lässt nach**

Auf der Verbraucherstufe sind die Preise bis November letzten Jahres beschleunigt gestiegen, in diesem Monat erreichte die Inflationsrate mit 3,4 % (laufende Jahresrate) ihren Spitzenwert. Maßgeblich für die Teuerung war der neuerliche Ölpreisschub, der durch

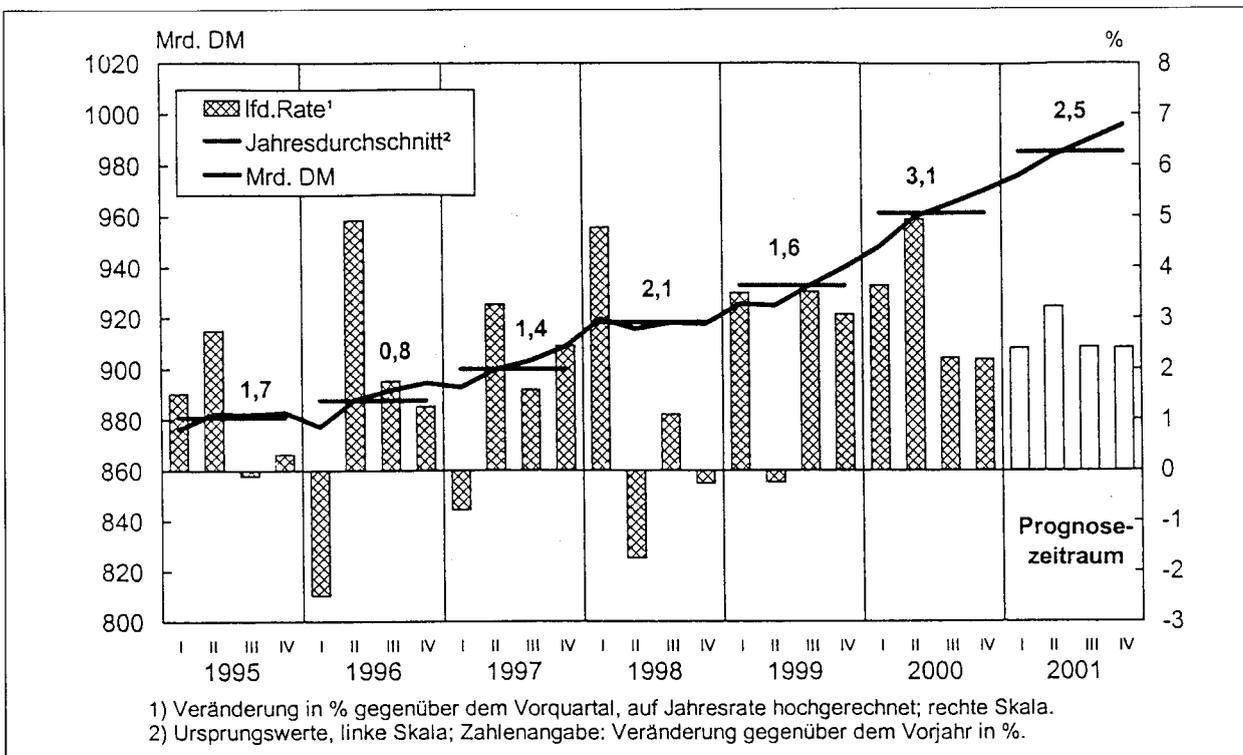
die Euro-Schwäche noch verstärkt wurde. Die Kerninflationsrate, die die Veränderung der Lebenshaltungskosten ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit administrierten Preisen zeigt, hat sich bis zuletzt nur wenig erhöht; im Jahresdurchschnitt lag sie nur bei 0,8 %. Im Jahr 2001 werden die Preise wieder langsamer steigen. Zwar trat am Jahresanfang die dritte Stufe der ökologischen Steuerreform in Kraft, was Kraftstoffe und Strom fiskalisch teurer macht, und die Kraftfahrzeugsteuer sowie die Rundfunk- und Fernsehgebühren wurden wieder einmal angehoben. Entscheidend ist aber, dass der Preisdruck aus dem Ausland bei der hier unterstellten Entwicklung der Rohölpreise nachlässt. Hinzu kommt, dass die Lohnstückkosten wegen der moderaten Lohnabschlüsse, die in vielen Tarifbereichen bereits vorliegen, kaum höher sein werden. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,7 % steigen; davon entfallen auf die dritte Ökosteuerstufe 0,2 Prozentpunkte.

**Gesamtwirtschaftliche Produktion wächst langsamer**

Nachdem die Konjunktur im zweiten Halbjahr 2000 etwas an Fahrt verloren hat, erhält sie im Jahr 2001 neue Impulse von der Steuersenkung. Gleichzeitig lässt allerdings die Exportdynamik nach. Insgesamt dürfte sich das Wirtschaftswachstum von 3,0 % in 2000 auf 2,5 % abschwächen (vgl. Abb. 1 und Tab. 1). Die Industrieproduktion dürfte um rund 4 % steigen, nach 6 % im Jahr 2000. Angeregt von den Einkommenssteigerungen der privaten Haushalte wird die Konjunktur im Einzelhandel und bei privaten Dienstleistern etwas schwungvoller werden. Dagegen dürften die stärker industrieabhängigen Bereiche Großhandel, Transportgewerbe und Unternehmensdienstleistungen langsamer expandieren. Im Baugewerbe wird die Produktion etwa stagnieren.

Abb. 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
Saison- und arbeitstäglich bereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Tab. 1

Eckdaten der Prognose  
für die Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001 (1)	2002 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a)</sup>				
Private Konsumausgaben	2,6	1,9	2,5	2,1
Konsumausgaben des Staates	-0,1	1,3	0,4	0,6
Anlageinvestitionen	3,3	2,4	2,8	3,1
- Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,4	9,0	6,3	6,0
- Bauten	0,5	-2,5	0,0	0,5
Inländische Verwendung	2,4	2,1	2,4	2,0
- Exporte	5,1	12,9	8,2	7,5
- Importe	8,1	10,0	8,0	6,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,1	2,5	2,4
Erwerbstätige <sup>b)</sup> (1000 Personen)	37.942	38.526	38.875	39.120
Arbeitslose (1000 Personen)	4.099	3.889	3.630	3.420
Arbeitslosenquote <sup>c)</sup> (in %)	9,8	9,2	8,6	8,1
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>d)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,6	1,9	1,7	1,5
Lohnstückkosten <sup>e)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,6	-0,3	0,2	0,9
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>				
- in Mrd. DM <sup>g)</sup>	-55,0	50,9	-70,4	-45,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts <sup>g)</sup>	-1,4	1,3	-1,7	-1,0
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum <sup>h)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,4	3,4	2,7	2,7
Verbraucherpreisindex im Euro-Raum <sup>i)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	2,3	2,1	1,7
1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Im Inland.- c) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige).- d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995=100).- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte (je Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 (je Erwerbstätigen).- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG'95).- g) Einschließlich der Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,37 Mrd. DM und der daraus resultierenden Steuermindereinnahmen und Zinersparnisse.- h) Angaben für 2000: Schätzung des ifo Instituts.- i) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).				

### Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Im Jahr 2000 wurde die Beschäftigung in Deutschland kräftig ausgeweitet. Im Jahresdurchschnitt waren nahezu 600.000 Personen (1,5 %) mehr beschäftigt als im Jahr zuvor. Etwa ein Drittel dieser Beschäftigungszunahme dürfte auf Personen mit ausschließlich geringfügiger Tätigkeit entfallen. Damit hat aber auch die übrige (Vollzeit- und Teilzeit-) Beschäftigung deutlich zugenommen. Wie schon seit längerem bleibt der Beschäftigungszuwachs auf Westdeutschland beschränkt, in den neuen Bundesländern ist die Beschäftigung weiter gesunken. Der Rückgang in Ostdeutschland war aber zuletzt nur wenig höher als der gleichzeitige Abbau an ABM-Stellen, was darauf hindeutet, dass es auf dem ersten Arbeitsmarkt allmählich zu einer Stabilisierung kommt. Vor dem Hintergrund der weiterhin guten – wenn auch etwas abgeschwächten – Konjunktur und der moderaten Lohnpolitik wird die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2001 um 350.000 zunehmen.

Die Arbeitslosigkeit sank bisher deutlich weniger als die Beschäftigung stieg. Die Diskrepanz erklärt sich zum Teil daraus, dass viele neu geschaffene Stellen (insbesondere 630-DM-Tätigkeiten) von Personen besetzt wurden, die vorher noch nicht (z. B. Schüler, Studenten, Hausfrauen) oder nicht mehr (Rentner) auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung traten, und somit auch nicht als Arbeitslose registriert waren. Zum Anderen können unter gewissen Voraussetzungen auch registrierte Arbeitslose gleichzeitig beschäftigt sein. Die Zahl geringfügig Beschäftigter dürfte im Jahr 2001 weniger stark zunehmen als 2000. Damit wird die Differenz zwischen dem Rückgang der Arbeitslosenzahl und dem Anstieg der Erwerbstätigenzahl geringer. Im Jahresdurchschnitt 2001 ist mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit um 260.000 auf 3,63 Mill. Personen zu rechnen. Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen) sinkt damit auf 8,6 %, nach 9,2 % im Jahr 2000 und 9,8 % im Jahr 1999. In Ostdeutschland wird es allerdings nur kleine Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit geben, die Arbeitslosenzahl dürfte nur um etwa 15.000 sinken, die Arbeitslosenquote bleibt mit 17 1/4 % (Arbeitslosenquote nach dem Konzept der Bundesanstalt für Arbeit) um mehr als 10 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet (7 %).

### Perspektiven 2002

Die deutsche Konjunktur wird im Jahr 2001 einerseits durch die Nachwirkungen der bisherigen Ölpreiserhöhung und die Verlangsamung des Welthandels gedämpft und andererseits durch die Steuerentlastung angeregt. Im Jahr 2002 könnte sich das Welt-handelwachstum wieder etwas beschleunigen. Die Inlandsnachfrage wird allerdings nicht mehr zusätzlich durch die Steuersenkung stimuliert. Der reale private Konsum dürfte mit reichlich 2 % in ähnlichem Tempo wie die Realeinkommen steigen. Bei den Konsumausgaben des Staates schlägt die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dämpfend zu Buche. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften bei den insgesamt günstigen Rahmenbedingungen weiter kräftig expandieren; die Bauinvestitionen werden dagegen allenfalls geringfügig zulegen können. Das Anstiegs-tempo der Exporte wird angesichts der insgesamt günstigen Weltkonjunktur hoch bleiben, aber auch die Importe werden deutlich steigen, so dass der Außenbeitrag erneut weniger zum BIP-Wachstum beitragen dürfte als im Jahr 2000 (etwa 1/2 Prozentpunkt nach 0,2 Prozentpunkten im Jahr 2001 und 1,0 Prozentpunkte im Jahr 2000). Insgesamt ergibt sich dann im Jahr 2002 ein Wirtschaftswachstum von knapp 2 1/2 %. Die Beschäftigung könnte im Jahr 2002 um rund 250.000 steigen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt rund 3,4 Mill. betragen, was einer Arbeitslosenquote von 8,1 % entspricht.

### Fazit

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre betrug das Wirtschaftswachstum in Deutschland lediglich durchschnittlich 1,5 %. Es war damit niedriger als im gesamten EWU-Raum (2,2 %) und weniger als halb so hoch wie in den USA (3,8 %). Im Jahr 2000 hat sich das Wachstumstempo in Deutschland wieder erhöht und es gibt Chancen, dass jetzt ein höherer Wachstumspfad erreicht werden kann. Das Wirtschaftswachstum ist um so höher, je mehr Arbeitsplätze entstehen, je besser diese mit Sachkapital ausgestattet sind (d. h. je höher die Kapitalintensität ist) und je höher der technologische Stand der Produktion ist; die letzteren beiden Faktoren beeinflussen die Arbeitsproduktivität. In Deutschland war in den letzten Jahren insbesondere der Arbeitsmarkt die Schwach-

stelle. Während sich in den USA und auch in den meisten europäischen Ländern das Arbeitsvolumen erhöht hat, ist es in Deutschland weiter zurückgegangen. Dies ging einher mit einem Rückgang der Arbeitszeit je Beschäftigten, einer Abnahme der Beschäftigtenzahl und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch scheint es, dass die neuen Technologien im Informationsbereich, d.h. all das, was mit New Economy umschrieben wird, das Wachstum in Deutschland bisher weniger angeregt hat als in den USA und in einigen nordeuropäischen Ländern. Wenn es in den nächsten Jahren gelingen würde, die – trotz des derzeitigen Rückgangs – nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit abzubauen, die Bedingungen für Investitionen günstig zu halten und die Verbreitung der New Economy zu beschleunigen, dann könnte auch in Deutschland das Wirtschaftswachstum in 2002 und darüber hinaus bei etwa 3 % liegen; es wäre dann also wieder so hoch wie im Jahr 2000 und um rund 1 1/2 Prozentpunkte höher als in den fünf Jahren davor.

Die angebotspolitischen Voraussetzungen für einen derart hohen mittelfristigen Wachstumspfad sehen wir derzeit allerdings nicht als erfüllt an, so dass wir in einer ersten groben Abschätzung das Wachstum im Jahr 2002 mit lediglich knapp 2 1/2 % veranschlagen. Insbesondere der Arbeitsmarkt dürfte nicht flexibel genug sein und die Qualifikation der Erwerbslosen auch nicht so hoch, um die im Bereich der „New Economy“ zahlreich angebotenen Arbeitsplätze zu beset-

zen. Auch wurde offenbar in den vergangenen Jahren versäumt, junge Leute in genügender Anzahl für die IT-Berufe auszubilden und ältere Arbeitnehmer umzuschulen. Die Wirtschaftspolitik kann allerdings viel dazu beitragen die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven zu verbessern. Nachdem die konjunkturelle Arbeitslosigkeit weitgehend abgebaut ist, sollte die Priorität der Wirtschaftspolitik jetzt bei der Bekämpfung der verbleibenden strukturellen Arbeitslosigkeit liegen. Dafür gibt es eine Reihe von möglichen Maßnahmen. So verbessert die in Kraft tretende Steuerreform die Voraussetzungen für ein mittelfristig höheres Wachstum und für mehr Beschäftigung. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wird auch nach dieser Steuerreform in Deutschland die Grenzabgabenlast (Steuern und Sozialbeiträge) des Faktors Arbeit relativ hoch bleiben. Überdies wird in den nächsten Jahren die so genannte kalte Progression bei der Einkommensteuer aufgrund steigender Einkommen einen Teil der durch die Reformen bedingten Senkung wieder wett machen. Wenn die Steuerreform aber begleitet wird von einer moderaten Lohnpolitik, einer größeren Lohndifferenzierung nach Qualifikationen, Regionen und Unternehmen und wenn zusätzlich bei den Transferzahlungen an Arbeitslose (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe) die Anreize zur Aufnahme von Arbeit verstärkt werden, dann steigen die Chancen für einen Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Tab. 2

**KONJUNKTURPROGNOSE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1999 (1)	2000 (1)	2001 (2)
--	-------------	-------------	-------------

**1. Entstehung des Inlandsprodukts**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	1,1	1,5	0,9
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,9	-0,3	-0,4
Arbeitstage 3)	0,5	-0,9	-0,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,6	0,3	0,2
Produktivität 4)	0,9	2,8	2,3
<b>BIP in Preisen von 1995</b>	<b>1,6</b>	<b>3,1</b>	<b>2,5</b>

**2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen**

a) Mrd.DM

Private Konsumausgaben 5)	2241,1	2315,6	2411,0
Konsumausgaben des Staates	738,0	749,8	761,7
Anlageinvestitionen	827,0	850,6	878,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	352,0	384,4	409,5
Bauten	475,1	466,2	469,3
Vorratsveränderungen 6)	33,4	46,7	54,9
Letzte inländische Verwendung	3839,6	3962,6	4106,3
Außenbeitrag	37,6	19,4	16,1
Exporte	1141,6	1325,1	1462,9
Importe	1104,0	1305,7	1446,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3877,2</b>	<b>3982,0</b>	<b>4122,4</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 5)	2,9	3,3	4,1
Konsumausgaben des Staates	2,2	1,6	1,6
Anlageinvestitionen	2,5	2,8	3,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	6,1	9,2	6,5
Bauten	0,0	-1,9	0,6
Letzte inländische Verwendung	3,0	3,2	3,6
Exporte	4,5	16,1	10,4
Importe	6,7	18,3	10,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>3,5</b>

**3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995**

a) Mrd.DM

Private Konsumausgaben 5)	2132,1	2172,0	2227,3
Konsumausgaben des Staates	706,7	716,2	718,9
Anlageinvestitionen	838,8	859,1	883,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	357,0	389,3	413,7
Bauten	481,7	469,8	469,8
Vorratsveränderungen 6)	21,0	29,9	38,2
Letzte inländische Verwendung	3698,5	3777,2	3867,9
Außenbeitrag	32,2	68,8	75,7
Exporte	1133,5	1279,8	1384,1
Importe	1101,3	1211,0	1308,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3730,7</b>	<b>3846,0</b>	<b>3943,7</b>
nachrichtlich:			
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3703,3</b>	<b>3817,1</b>	<b>3907,2</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben 5)	2,6	1,9	2,5
Konsumausgaben des Staates	-0,1	1,3	0,4
Anlageinvestitionen	3,3	2,4	2,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,4	9,0	6,3
Bauten	0,5	-2,5	0,0
Letzte inländische Verwendung	2,4	2,1	2,4
Exporte	5,1	12,9	8,2
Importe	8,1	10,0	8,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,6</b>	<b>3,1</b>	<b>2,5</b>
nachrichtlich:			
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>1,4</b>	<b>3,1</b>	<b>2,4</b>

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1999 (1)	2000 (1)	2001 (2)
<b>4. Preisniveau (1995=100)</b>			
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Private Konsumausgaben 5)	0,3	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,3	0,3	1,2
Anlageinvestitionen	-0,8	0,4	0,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,1	0,1	0,3
Bauten	-0,5	0,6	0,6
Exporte	-0,5	2,8	2,1
Importe	-1,3	7,6	2,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,0</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>			
a) Mrd.DM			
Arbeitnehmerentgelt	2060,3	2120,2	2177,5
Arbeitgeberbeiträge	399,0	405,2	412,6
Bruttolöhne und -gehälter	1661,3	1715,0	1764,9
Arbeitnehmerbeiträge	273,2	279,0	284,8
Lohnsteuer	326,2	335,0	326,0
Nettolöhne und -gehälter	1062,0	1101,0	1154,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	810,9	821,8	854,5
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2871,2</b>	<b>2942,0</b>	<b>3032,0</b>
Abschreibungen	570,2	589,8	610,2
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	404,5	417,1	439,6
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3845,9</b>	<b>3948,8</b>	<b>4081,9</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Arbeitnehmerentgelt	2,4	2,9	2,7
Bruttolöhne und -gehälter	2,5	3,2	2,9
Nettolöhne und -gehälter	2,6	3,7	4,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,2	1,5	2,0
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,3	1,9	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,2	1,3	4,0
Volkseinkommen	1,4	2,5	3,1
Abschreibungen	2,2	3,4	3,5
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	9,9	3,1	5,4
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>3,4</b>
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>			
a) Mrd.DM			
Nettolöhne und -gehälter	1062,0	1101,0	1154,0
Monetäre Sozialleistungen	782,3	795,8	810,3
Übrige Primäreinkommen	837,2	867,4	904,0
Sonstige Transfers	-74,1	-85,5	-75,2
Abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	138,4	132,5	133,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2469,0</b>	<b>2546,3</b>	<b>2660,1</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	19,4	19,4	20,0
Private Konsumausgaben 5)	2241,1	2315,6	2411,0
Sparen	247,3	250,1	269,1
Sparquote 8)	9,9	9,7	10,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Nettolöhne und -gehälter	2,6	3,7	4,8
Monetäre Sozialleistungen	2,5	1,7	1,8
Übrige Primäreinkommen	3,5	3,6	4,2
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>4,5</b>
Private Konsumausgaben 5)	2,9	3,3	4,1
Sparen	0,3	1,2	7,6

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1999 (1)	2000 (1)	2001 (2)
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates</b>			
a) Mrd.DM			
<b>Einnahmen</b>			
Steuern	936,0	977,6	968,8
Sozialbeiträge	733,6	739,8	754,6
Vermögenseinkünfte	32,7	28,0	27,3
Sonstige Übertragungen	28,2	25,8	25,5
Vermögensübertragungen	17,0	16,8	17,0
Verkäufe	80,3	81,1	81,7
Sonstige Subventionen	2,2	2,0	2,1
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>1830,0</b>	<b>1871,1</b>	<b>1877,0</b>
<b>Ausgaben</b>			
Vorleistungen und soziale Sachleistungen	439,3	450,9	460,8
Arbeitnehmerentgelte	322,8	322,7	324,0
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	137,3	136,7	132,9
Subventionen	67,6	67,2	67,0
Monetäre Sozialleistungen	731,9	744,9	757,6
Sonstige Transfers	63,1	69,0	71,7
Vermögenstransfers	54,3	61,4	66,1
Bruttoinvestitionen	71,4	69,5	70,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,9	-102,2	-3,3
<b>Ausgaben insgesamt 8)</b>	<b>1885,0</b>	<b>1820,2</b>	<b>1947,3</b>
<b>Finanzierungssaldo 8)</b>	<b>-55,0</b>	<b>50,9</b>	<b>-70,3</b>

## b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>			
Steuern	7,3	4,4	-0,9
Sozialbeiträge	0,8	0,8	2,0
Vermögenseinkünfte	0,3	-14,2	-2,7
Sonstige Übertragungen	-0,2	-8,7	-1,2
Vermögensübertragungen	-0,6	-1,3	1,2
Verkäufe	-2,2	1,0	0,8
Sonstige Subventionen	-	-	-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>3,9</b>	<b>2,2</b>	<b>0,3</b>
<b>Ausgaben</b>			
Vorleistungen und soziale Sachleistungen	2,9	2,6	2,2
Arbeitnehmerentgelte	1,0	0,0	0,4
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	0,9	-0,4	-2,8
Subventionen	-2,5	-0,7	-0,3
Monetäre Sozialleistungen	2,4	1,8	1,7
Sonstige Transfers	17,5	9,4	3,9
Vermögenstransfers	1,5	13,2	7,6
Bruttoinvestitionen	4,1	-2,7	1,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-
<b>Ausgaben insgesamt 8)</b>	<b>2,5</b>	<b>-3,4</b>	<b>7,0</b>

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
 3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.  
 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.  
 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.  
 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).  
 8) Im Jahr 2000 einschließlich der Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,37 Mrd. DM.